

Modrow vor dem Kollaps?

Erstmals Gewalt bei der bisher sanften Revolution der DDR: Der Sturm auf die Stasi-Zentrale in Ost-Berlin setzt die Regierung Modrow unter Druck. Auch wenn die

Ost-CDU noch in der Regierung bleibt – die Auflösung der alten Strukturen geht weiter, neue westliche Parteien formieren sich. Der SED droht die Spaltung.

Mit sorgenvoller Miene betrat Karl-Heinz Arnold, persönlicher Referent des DDR-Ministerpräsidenten Hans Modrow, am Mittwoch nachmittag vergangener Woche das Arbeitszimmer seines Chefs. In der Hand hielt er eine neue Tickermeldung der DDR-Nachrichtenagentur ADN: Martin Kirchner, Generalsekretär der Ost-CDU, hatte gerade den Austritt seiner Partei aus der Koalition angekündigt.

Stirnrunzelnd las der Premier die Botschaft. Dann schob er sie über den Tisch und gab sie seinen Gästen, Ibrahim Böhme und Markus Meckel von der SPD, zu lesen. Die waren nicht sehr erbaut.

Eben hatten die Sozis dem guten Mann aus Dresden wortreich erklärt, daß sie auf gar keinen Fall vor der Wahl am 6. Mai das sinkende Regierungsschiff betreten könnten. Daß nun auch die CDU sich vorzeitig davonmachen wollte, paßte der SPD-Konkurrenz nicht ins Konzept.

Denn staatstragend, wie Sozialdemokraten nun mal sind, wollen sie bei der DDR-Bevölkerung nicht in den Ruch kommen, sie scheuten in der Stunde der Not die Verantwortung für das Gemeinwesen. Andererseits fürchten sie, vom Leichengift der absterbenden SED angesteckt zu werden.

„Vor den Wahlen“, beschreibt Meckel in schöner Offenheit die Interessenlage seiner Partei, „wollen wir uns möglichst nicht einbinden lassen“ (siehe auch Interview Seite 84).

Das sieht man bei der Ost-CDU inzwischen ähnlich.

Nach zwei Tage währendem heftigen innerparteilichen Disput – gänzlich ungewohnt für die einst apathisch dahinwurstelnde Blockpartei – beschloß der CDU-Vorstand am Freitagabend zwar mit großer Mehrheit, einstweilen noch in der von Modrow geführten Koalitionsregierung auszuharren. Aber fraglich ist, wie lange die Partei sich dem massiven Druck noch zu entziehen vermag, den die Basis und westdeutsche Schwesterpartei auf Lothar de Maizière und seinen Sekretär Kirchner ausübt. Deren Ziel: Die Ost-CDU müsse gefälligst die SED-Regierung verlassen und sich, vor allem, umtaufen; nur so sei den

Wählern der Neuanfang plausibel zu machen. Und nur so werde es massiv Rat und Hilfe aus dem Westen geben.

Und den neuen Namen für das alte Kind wußten die Unionsfreunde aus dem Westen auch schon: „DU“ soll die Partei heißen, auf das C für Christlich soll sie, wenn möglich, verzichten. Für DDR-Freunde der CSU, die vor allem im Süden der Republik vermutet werden, sei auch der Name „DSU“ genehm.

Die Ost-Christdemokraten blieben am vergangenen Freitag noch standhaft. Dennoch geht die Erosion der alten Machtstrukturen weiter. Die Regierung Modrow steht vor dem Kollaps, auch wenn sie die Regierungsgeschäfte vorerst bis zum Wahltag provisorisch weiterführen kann.

Auf die zersplitterte Opposition, bislang dank ihrer Schwäche wichtigster Garant der SED-Macht, kann sich der



DDR-Regierungschef Modrow*: „In allerhöchster Gefahr“

* Am vergangenen Montag bei der Demonstration vor dem Stasi-Gebäude in Ost-Berlin.

Premier nicht mehr verlassen: Nach dem Durchmarsch der SPD, die sich mit Bonner Hilfe an die Spitze der Oppositionsbewegung setzte, wächst auch bei den kleinen Oppositionsparteien die Einsicht, daß man sich neu formieren muß (siehe Seite 24).

Modrows Problem: Seine Partei, die einst allmächtige SED, beginnt sich in verschiedene Fraktionen zu zerlegen: Neben der orthodoxen „kommunistischen“ gibt es bereits eine „sozialdemokratische Plattform“, außerdem eine des „demokratischen Sozialismus“ und eine des „3. Weges“ – was immer das heißen mag.

Einer der prominentesten Kombinat-Generaldirektoren, Heinz Warzecha vom Werkzeugmaschinenkombinat „7. Oktober“, ist bereits in die SPD eingetreten. Hartnäckig hält sich im Lande die Spekulation, der populäre Dresdner Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer sei auf dem Absprung zur SPD; die SED, so Berghofer in Salzburg, sei keine staatstragende Kraft mehr. Wechselt Berghofer zur SPD, würden ihm viele reformwillige Genossen folgen; eine Spitzenposition bei den Sozialdemokraten wäre ihm sicher, die SED-Mitgliedschaft auf Altkommunisten beschränkt.

Trotzdem tun SED-Genossen in der Provinz so, als herrschten sie immer noch uneingeschränkt wie früher.

Im Rat des Kreises Waren, 160 Kilometer von der Hauptstadt entfernt, beschloß die Fraktion der SED-PDS am vergangenen Donnerstag gegen die gesamte Opposition und auch gegen das Votum des „Runden Tisches“, das Dreiwitzer Gästehaus von Erich Honecker, einen Prachtbau von über 30 Millionen Mark, dem Ost-Berliner „Grand Hotel“ zu übereignen. Das Hotel will die Suiten an West-Kunden vermieten. Eine Nacht in Honis Bett soll 2000 Westmark kosten.

Nun drohen die Bürger mit Streiks, Aufruhr und Kündigung der Tischgemeinschaft. Sie wollten das Haus mit Westhilfe als deutsch-deutsches Ferienheim für mittellose Kinder herrichten.

Auch in der Hauptstadt sind die alten Apparate längst noch nicht abgeschaltet, immer wieder wird klar, wie sehr die Regierung der Entwicklung hinterherläuft. Wochen brauchte Modrows Stellvertreterin Christa Luft, um sich endlich mit dem Ziel einer „Sozialen Marktwirtschaft“ in ihrem Lande anfreunden zu können.

Wochen brauchte Modrow, um von seiner Forderung Abstand zu nehmen, das aus dem Ministerium für Staatssicherheit (Stasi) entstandene Amt für Nationale Sicherheit (Nasi) in ein Amt für Verfassungsschutz umzuwandeln. Und Tage brauchte er, um zu erkennen, daß er dem Runden Tisch nicht mit demonstrativer Abwesenheit, sondern mit Avancen

zu begegnen hat – die Stimmung im Lande erfordert Nachgiebigkeit.

Am vergangenen Montag kam Modrow den Bürgern zu spät entgegen. Am Abend stürmten aufgebrachte Bürger die ehemalige Stasi-Zentrale in der Normanenstrasse. Modrow machte zwar Punkte, weil er sich selbst in die aufgebrachte Menge wagte, aber die Wahlchancen seiner Partei hat er nicht verbessert.

Einige Indizien deuten darauf hin, daß die vom Volk umzingelte Rest-Belegschaft der einst 85 000-Mann-Sicherheitstruppe beim Sturm auf die Stasi-Bastille nachgeholfen hat. Die Randalie kam, so scheint es, der Besatzung gar nicht unlegen; und auch dies ist nicht geeignet, das Vertrauen der Bürger in Modrows Reformbereitschaft, vor allem

Mitglieder des Bürgerkomitees, die hinter der Mauer standen, berichteten, die Stasi selbst habe das Tor geöffnet – allerdings zu einem Zeitpunkt, als der Druck der aufgebrachten Menge gegen das Hindernis so sehr wuchs, daß man Tote und Verletzte befürchten mußte.

Demonstranten, die von außen hereinkamen, hatten wieder eine andere Sicht: Sie fanden die Lage vor dem Tor keineswegs bedrohlich eng, sondern wunderten sich, warum der Eingang so schnell freigemacht wurde.

Weitere Merkwürdigkeiten:

Offenbar zielstrebig lief die Menge gleich hinter dem Tor scharf nach links – statt geradeaus – und nahm Kurs auf den Versorgungs-, Küchen- und Servicetrakt. Fensterscheiben in den oberen



Demonstranten mit Armee-Mützen*: Bestellte Randalie?

aber in seine Durchsetzungskraft zu stärken.

Ungeklärt bleibt, wer wann und warum die Tore öffnete. Die Polizei behauptete auf einer Pressekonferenz zunächst, einige Demonstranten seien, nachdem sie vorher eine Mauer aufgeschichtet hatten, über das Tor geklettert und hätten es dann von innen geöffnet.

Diese Version hielt keine fünf Minuten: Sprecher des Neuen Forums und des Bürgerkomitees wiesen darauf hin, daß die angeblich als Sturmtreppe dienende Mauer nur ein paar Zentimeter hoch gewesen sei. Tatsächlich seien nur ganz wenige Demonstranten, die sich gegenseitig „im Feuerleitergriff“ halfen, über die Barriere geklettert.

* Am vergangenen Montag in der Stasi-Zentrale in Ost-Berlin.

Etagen gingen nach Augenzeugenberichten schon zu Bruch, als die ersten Eindringlinge noch im Parterre des Gebäudes waren.

Augenzeugen sahen an der Spitze des Zuges kurzgeschorene junge Männer in scheckiger Fallschirmspringer-Montur, die mit ihren Stiefeln die Glastüren zum Versorgungsgebäude eintraten – als Skinheads verkleidete Stasi-Leute, glaubt das *Hamburger Abendblatt*, die planvoll die anderen Eindringlinge in die Irre führten.

Der in jahrelanger Geheimdienst-Berichterstattung geübte Korrespondent der *Welt*, Werner Kahl, vermutete, die Hausherrn hätten ihre ungebetenen Gäste auf diese Weise davon abgehalten, ein bislang unbekanntes Zellengefängnis in einem Seitentrakt zu finden, in dem zu Zeiten der Stasi-Herrschaft

Elektrische, furchtbare Schnelle

RUDOLF AUGSTEIN

Allein, wenn die Stunde da ist und der wahre Stoff, so geht die Ansteckung mit elektrischer Schnelle über Hunderte von Meilen und über Bevölkerungen der verschiedensten Art, die einander sonst kaum kennen. Die Botschaft geht durch die Luft, und in dem Einen, worauf es ankommt, verstehen sie sich plötzlich alle, und wäre es auch nur ein dumpfes: „Es muß anders werden.“

JACOB BURCKHARDT, 1818 BIS 1897

Der Basler Historiker Jacob Burckhardt war ein philosophischer Kopf, ein Kulturgeschichtler. Löst man das oben zitierte Motto aus seinem Zusammenhang, so ahnt man kaum, welche Epoche er gemeint haben könnte. War es die Renaissance, die Französische Revolution, waren es die Bauernkriege, die Kreuzzüge oder der Islam? Meint er die erfolglose Revolution von 1848?

Wie auch immer, der Spruch will auf die Vergangenheit nirgends so recht passen. Es ist ein prophetischer Spruch, wie gemünzt auf die mit Gorbatschow 1985 anhebende Epoche.

Wieder dieses dumpfe: „Es muß anders werden“ – gewiß nicht in Indien, Afrika, nicht in Mittel- und Südamerika, vielleicht noch nicht einmal in Japan; aber doch, dank weltweiter Kommunikation, in den übrigen Zentren der Welt.

Burckhardt hielt wenig von Massenbewegungen und Revolutionen. Er betrachtete auch Bismarcks Staat mit Skepsis. Wie konnte also einer, der im Zurückblicken Genuß fand, unsere heutige Situation zwischen Peking und San Francisco auf den Punkt bringen?

Gewiß wäre Burckhardts „Verstehen sie sich plötzlich alle“ eine ziemliche oder unziemliche Übertreibung. Den eigentlichen Problemen der Menschheit, vor allem den globalen Gefährdungen, wird heute noch ein zu geringer Gedankenspielraum eingeräumt. Statt dessen blickt man zurück, nicht immer im Zorn, aber doch zu ängstlich.

Ja, es ist wahr, das Bismarck-Reich stand unter keinem glücklichen Stern. Wahr weiter, daß Wilhelms Kaiserreich sich den „ersten Platz an der Sonne“ (der spätere Reichskanzler von Bülow 1897) erobern wollte und dadurch das Unglück des Ersten Weltkriegs heraufbeschwor. Wahr weiter, daß ein einzelner Unhold allein den Zweiten Weltkrieg angezettelt hat, einen Ausrottungskrieg, wie ihn die zivi- lisierte Welt nicht gekannt hatte.

War er allein? Nicht ganz. Er hatte mehr als seinen Koch bei sich. Die Eliten unterstützten ihn, ein Mann wie Adenauer macht da eine rühmliche Ausnahme. Sogar Stalin hat die Welt außerhalb seines Landes in kein solches moralisches Elend gestürzt wie der Deutsch-Austriake Hitler.

Verständliche Ängste also, aber keine berechtigten Ängste mehr. Rußland wird nicht in den Stalinismus zurückfallen und das, was vom Bismarck-Reich geblieben ist, nicht in irgendeine Art von Gewaltherrschaft. Markt und Export, die Götter der übrigen Welt, sind Trumpf.

Die darwinistisch gestimmte Geschichte läßt sich offenkundig nicht genug Zeit für den Blick zurück, für die dem Menschen doch so bekömmliche „Trauerarbeit“. Sie kann nicht erzwungen werden, weder durch Machtspruch noch durch Schikane.

Was die beiden deutschen Staaten betrifft, so mögen emphatische Einheitsparolen weder hilfreich noch sympathisch sein. Aber Emotionen gibt es, und Tatsache ist, daß alles mit „furchtbarer Schnelligkeit“ auf einheitliche Strukturen hinläuft. Es geht schon nicht mehr um das Ob, ja, beinahe schon nicht mehr um das Wann, sondern nur noch um das Wie.

Der geschichtlich ja nicht gerade unerfahrene Henry Kissinger hat denn auch davor gewarnt, daß jeder Versuch, dem Zusammenschluß Westeuropas demonstrativ Vorrang einzuräumen und die neue Einheit Deutschlands von der vorherigen Integration Europas abhängig zu machen, zum katastrophalen Scheitern beider Ziele führen könnte.

Ja, das ist richtig gesehen. Westdeutschland würde seine europafreundliche Haltung gewiß nicht durchhalten können, wenn ihm bei dem näherliegenden und leichter zu lösenden Problem, wie es mit einer parlamentarisch-demokratischen DDR am gedeihlichsten zusammenwachsen sollte, künstliche Hindernisse in den Weg gelegt würden, und das nicht von seiten Moskaus, sondern von den Verbündeten in der EG.

Dies ist gar nicht mehr in erster Linie eine Entscheidung der im alten Denken verhafteten Politiker. Dies ist ein wirtschaftlich kaum noch zu stoppen- der Prozeß, weil ein SED-Staat mit noch so vielen Häutungen gar nicht mehr lebensfähig wäre. Er stünde sich selbst dabei im Wege, wirtschaftlich

und ökologisch wieder auf die Beine zu kommen. Seine Bürger würden ihm weiterhin davonlaufen, und zwar gerade die, auf die er am meisten angewiesen ist.

Wir haben es hier mit einer Naturgesetzlichkeit zu tun, die sich aus den Ängsten der Vergangenheit nicht definieren läßt. Weiterhin SED-Staat, das bedeutet Vakuum. Und wer, wenn nicht die Westdeutschen, wäre zur Stelle, diese Destabilisierung durch Druck und Sog, die uns am ehesten betrifft, nicht entstehen zu lassen.

Der deutsche Wirtschaftsmotor wird in der EG und östlich des Nato-Bereichs gebraucht. Die westdeutschen Politiker haben keine Wahl. Läßt sich die deutsch-deutsche Währung ungleich geschwinder herstellen als die gemeinsame EG-Währung, so besteht unbedingt Handlungsbedarf.

Unechte Argumente purzeln wie Hütten im Orkan. Man kann zum Beispiel nicht, im Namen der einen und unteilbaren Nation, supranationale Strukturen dekretieren, um die Grenzen einer künstlich geteilten Nation zu konservieren.

Man kann nicht friedensvertrags- ähnliche Abreden treffen und sich nachträglich auf den vorausgegangenen Krieg berufen, um sie nicht einhalten zu müssen. Ebenso wenig aber kann man seinen alten deutschen Stahlhelm aus der Kiste holen und gewachsenem Leben im heutigen Polen die Existenz bestreiten.

Warum rüffelt der alte Dregger die kluge Süßmuth? Juristisch machbar wäre ja zumindest eines: Es könnte die angepeilte Vertrags-(Wirtschafts- und Währungs-)Gemeinschaft per Präambel statuieren, daß die von der DDR nach Diktat festgestellte Westgrenze Polens von der nunmehr frei gewählten Volkskammer verbindlich anerkannt würde.

Bei den Wahlen wird die SED wohl in die Minderheit geraten. Aber ihre Gegner müssen sich damit vertraut machen, daß ihre Revolution, angestoßen wieder einmal von außen, nur mittels einer „blinden Koalition“ gelungen ist und daß sie nur mittels „befremdlicher Allianzen“ (Burckhardt) zum Ziel gelangen kann.

Dies ist die Stärke der Neuen: Von einer „schrecklichen Unbilligkeit gegen alles Bisherige“, wie der Basler Professor sie sah, kann diesmal die Rede nicht sein.

Männer und Frauen inhaftiert worden waren, die unter Kontrolle des Geheimdienstes standen oder in Geheimprozessen verurteilt worden waren.

Tatsächlich blieb das direkt gegenüber dem Haupteingang liegende Gebäude, wo die Büros der Leitung liegen, vom Volkszorn verschont. Erst als der Sturm vorbei war und die Menge sich aus Tiefkühltruhen und Küchenvorräten bedient hatte, wurden Journalisten und Kameraleute in das Hauptgebäude geführt. Angeblich hatte auch hier der Pöbel gerast.

Aber während die Demonstranten im Versorgungstrakt die Türen eingetreten und aus der Füllung gerissen hatten, müssen sie im Haupthaus Glacéhandschuhe getragen haben. Zwar standen auch hier die Türen offen, flatterten – meist unausgefüllt – Formulare über den Boden, sahen Schreibtischschubladen und Schränke wie durchwühlt aus.

Aber Kratzer und Spuren von Gewalt fanden sich nur an den Innenseiten – als hätte jemand offene Türen mit der Brechstange eingerannt. Die Außenseiten waren, welch wunderbare Fügung, unversehrt geblieben.

Tresore standen offen, die sperrenden Querriegel ragten aus den Türen, aber an den Außenseiten war keine Spur von Gewaltanwendung zu erkennen. Es sah aus, als habe jemand, der die Kombination kannte, die Tür geöffnet, mit Hammer und Brechstange Zargen, Türangeln und Mauerwerk traktiert, den Schließmechanismus betätigt und die Klappe für Foto- und Filmaufnahmen offen gelassen.

Auf geheimnisvolle Weise war es außerdem einem Unbekannten gelungen, durch die abgeschlossene Glastür in jenen Büro-Trakt zu gelangen, in dem einst der allmächtige und allwissende Erich Mielke residiert hatte.

Im Büro brannte Licht, der Besucher hatte vergessen, es zu löschen. Aber die Tür war wieder verschlossen. Nur die Siegel, die Staatsanwälte nach Mielkes Verhaftung auf die Türritze geklebt hatten, waren gebrochen. Haben Besitzer passender Schlüssel den „Volkssturm“ genutzt, ohne Aufsehen die versiegelten Räume zu öffnen?

Auffällig auch, daß die Besucher ihre aus westlichen Spraydosen stammenden Sprüche („Stasi raus“ oder „Ich will meine Akte sehen“) nicht an die Außenwände, sondern nur im Innern der Gebäude versprühten – hatten die Bewohner mit der Invasion gerechnet?

Die Dienst- und Arbeitspläne im Verwaltungstrakt sahen aus wie präpariert: Sie registrierten zwar genauestens alle „Ausfallzeiten“ wie Urlaub, Krankheit, Kuren oder Sport. Aber die linke Spalte mit den Namen der Mitarbeiter war vorher abgerissen worden.

„Nicht zu beweisen“, aber eben „auch nicht abwegig“ findet SPD-Vorständler

Markus Meckel die in Oppositionskreisen verbreitete Vermutung, daß an den Verwüstungen auch die Stasi selbst beteiligt war – und sei es nur, um die Notwendigkeit eines intakten Staatsschutzes zu beweisen.

Es paßte so gut zusammen – Modrows Wunsch nach einem Verfassungsschutz, die erste Gewaltanwendung gegen Sachen während der bisher friedlichen Revolution, die dramatische Unterbrechung des DDR-Fernsehprogramms, die ständig wiederholte Mitteilung, daß „die Demokratie in allerhöchster Gefahr“ sei.

In Gefahr waren allenfalls ein paar Stasi-Akten, die aus den Fenstern der Zentrale nach draußen flogen – vielleicht sollte das Bürgerkomitee drinnen sie nicht finden?



Dresdens OB Berghofer
Absprache zur SPD der DDR?

Zum Beispiel ein Postausgangsbuch, aus dem sich ablesen läßt, wofür die Leitung des Hauses sich in der Zeit vom 29. März 1988 bis zum 11. Januar 1990 besonders interessierte. Penibel ist dort festgehalten, was wann und mit welchem Betreff dem „Gen. Minister“ und anderen leitenden Herren vorgelegt wurde.

Mielke und sein Führungsstab – Generalleutnant Rudi Mittig, Generalleutnant Wolfgang Schwanitz und Generalmajor Gerhard Neiber – waren stets auf dem laufenden über alles, was im Lande und in der verzweigten DDR-Bürokratie vor sich ging.

Weil sie sich für alles zuständig fühlten, kam auch nahezu alles auf ihre Schreibtische, von der Infektionsschutzverordnung Nr. 134186 des Innenministers („AIDS im ZAH“) bis zur Reservistenqualifizierungsordnung; Berichte über den „Inneren Zustand der Volkspo-

lizei-Bereitschaften“ wie Infos „zur Lage der Zivildienstleistenden in der BRD“; Anweisungen des Hauses für den „Katastrophenschutz“, für die Bespitzelung wissenschaftlicher Konferenzen, detaillierte Anweisungen des Innenministeriums über das Verhalten bei Privatreisen ins Ausland und auch wichtige Befehle des Verteidigungsministeriums.

Bereits am 23. Dezember 1988 machte sich die Führungsspitze des Hauses Gedanken zur „Vorbereitung Wahlen 7.5.89“; am 23. Februar erging der „Befehl 8/89 Kommunalwahlen“ – die systematische Verfälschung des Wählerwillens, eine der Ursachen der späteren Herbstrevolution, wurde offensichtlich generalstabsmäßig vorbereitet.

Seit Frühsommer 1989 findet die Stimmung im Lande Ausdruck auch im Postbuch der Stasi. Innen- und Verteidigungsministerium berichten nun in immer kürzeren Abständen über „die Einsatzausbildung“ ihrer Leute und die neuesten Befehle an die Schutzpolizei. In der Spalte „Betreff“ tauchen fast nur noch militärische Begriffe auf: „med. Ausstattung“, „Nachsichtgeräte“, „Pioniertechnische Sicherstellung“. Die Einführung des Visazwangs für Reisen in die CSSR wird unter „Reiseverkehr“ vermerkt, der Widerruf am 3. November unter „Aufhebung Festl. Reiseverkehr CSSR“ in 46 Exemplaren verfügt.

Zwischendurch nur Kürzel – ein Ministerbefehl „zur Ordnung“, erlassen drei Tage vor dem Jahrestag-Spektakel, dann das „Dankschrb.“ des Ministers an die Volkspolizei vom 13. Oktober.

Am 18. Oktober, dem Tag des Honecker-Sturzes, verzeichnet der Postausgang eine „Warnungs- und Alarmierungsord.“. Am 14. November wird eine Weisung „Übergang zum normalen Dienstbetrieb“ verteilt. Am 16. November taucht Mielke das letzte Mal auf – als Empfänger von „Material“.

Bereits am 17. November setzt die Leitung der 3000-Zimmer-Zentrale an der Normannenstraße einen Befehl in Umlauf, der offensichtlich gründlich befolgt wird: „Festl. Vernichtung von Unterlagen u. Mat. im MfS“.

Es war der Tag, an dem der neue Ministerpräsident Hans Modrow in seiner Regierungserklärung die Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit ankündigte. Aber es erweist sich, daß alles beim alten blieb.

Am 18. November setzte ein Postbuch-Halter zwei dicke Doppelstriche unter die Ära Mielke. Dazwischen schraffierte er mit Buntstift eine Fläche rot, in die er unübersichtlich groß den neuen Namen malte: „Amt für Nationale Sicherheit“.

Die Geschäfte aber gingen nahtlos weiter. Das letzte Stasi-Schriftstück hat die laufende Nummer 330.

Das erste Nazi-Dokument bekam die Nummer 331. ◀